

Satzung BUND Ortsverband Maulbronn

Stand: 26.01.2023

§1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der **BUND Ortsverband Maulbronn** ist als nicht rechtsfähiger Verein Teil des BUND Landesverband Baden-Württemberg e. V. des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).
2. Der Verein führt den Namen: **BUND Ortsverband Maulbronn** (nachfolgend **OV**)
3. Er hat seinen Sitz in **Maulbronn**
4. Der BUND Ortsverband Maulbronn umfasst das Gebiet der der bürgerlichen Gemeinde Maulbronn
5. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§2 Gemeinnützigkeit, Mittelverwendung, Zweck

1. Der OV verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Ziele. Seine Mittel dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des OV erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus dessen Mitteln.
Er darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des OV fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.
2. Zweck des OV ist die Förderung und Durchsetzung des Umwelt-, Klima-, Natur- und Verbraucherschutzes. Der Umwelt- und Naturschutz versteht sich hierbei im umfassenden Sinne als Schutz auch der Würde und Unversehrtheit des Menschen, der natürlichen Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen und der Existenz von Tieren und Pflanzen sowie der Bewahrung all dieser Güter vor einer Beeinträchtigung und Zerstörung.
3. Die vorgenannten Satzungszwecke werden insbesondere verwirklicht durch:
 - 3.1. die Förderung eines ressourcenschonenden, umweltverträglichen Lebens und nachhaltigen Wirtschaftens zum Wohle des Menschen und der Natur, zum Beispiel durch Umweltberatung, Veranstaltungen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
 - 3.2. die Förderung der Umsetzung der von den UN formulierten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung unter besonderer Hervorhebung des Umwelt- und Naturschutzes, zum Beispiel durch Umweltbildung, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.
 - 3.3. die Förderung der Umweltbildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung, insbesondere im Kinder- und Jugendbereich, unter anderem durch Vorträge, Exkursionen, Seminare und Tagungen sowie Aktionen mit Kindern und Jugendlichen.
 - 3.4. die Förderung des Naturschutzes, insbesondere durch Arten-, Biotop- und Tierschutz sowie Landschaftspflege und die Erhaltung der biologischen Vielfalt.
 - 3.5. wissenschaftliche Untersuchungen und Veröffentlichungen auf den Gebieten des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes, zum Beispiel durch Kartierungen oder Broschüren.

- 3.6. die Beratungen von Verbraucher*innen zu nachhaltigen Produkten und nachhaltiger Produktion, zum Beispiel durch Umweltberatung, Veranstaltungen und Pressearbeit.
 - 3.7. die Förderung des Schutzes der Bevölkerung vor radioaktiver Strahlung, zum Beispiel durch Aufklärung über die Gefährdung radioaktiver Strahlung und den Einsatz für eine sichere Abwicklung des Atomzeitalters.
 - 3.8. die Mitwirkung bei Planungen, insbesondere wenn sie die Belange des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes berühren, zum Beispiel durch Gespräche, die Abgabe entsprechender Stellungnahmen und die Teilnahme an zugehörigen Erörterungsterminen.
 - 3.9. die Mitwirkung an der politischen Willensbildung im Bereich des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes, zum Beispiel durch Gespräche mit Behördenvertreter*innen und Politiker*innen sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
 - 3.10. die Information der Bevölkerung über Inhalte und Ziele des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes, zum Beispiel durch Umweltberatung, Veranstaltungen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
4. Der OV steht auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Grundrechts-Charta der Europäischen Union. Er ist überparteilich und überkonfessionell und vertritt den Grundsatz weltanschaulicher und religiöser Toleranz. Rassistische, fremdenfeindliche und menschenrechtswidrige Auffassungen sind mit dem Grundsatz des Vereins unvereinbar. Der OV unterstützt die seinem Gebiet (§1 Nr. 4) befindlichen Gebietskörperschaften bei der Erfüllung ihrer Pflichten aus Art. 3 a, 3 b und 3 c (2) der Landesverfassung von Baden-Württemberg.

§3 Mitgliedschaft

Die Einzelheiten der Mitgliedschaft innerhalb des OV ergeben sich aus §3 der Satzung des BUND LV. Alle dortigen Nennungen des Begriffs Vorstand beziehen sich in diesem Kontext auf den Landesvorstand.

Die Bestimmung zur Stimmberechtigung wird abweichend von der Satzung des BUND LV wie nachfolgend geregelt:

1. Stimmberechtigt oder wahlberechtigt (aktiv und passiv) sind auch BUND-Mitglieder, die sich regelmäßig im Ortsverband engagieren, beim Landesverband jedoch nicht dem OV zugeordnet sind.
2. Bei Beschlüssen, die ein Rechtsgeschäft mit einem Mitglied betreffen, hat das entsprechende Mitglied kein Stimmrecht. Dies umfasst insbesondere Entlastungen des Vorstands für das vergangene Geschäftsjahr.

§4 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand
- die Kassenprüfer*innen

§5 Mitgliederversammlung

1. Jeweils im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.
2. Diese ist vom Vorstand unter Bekanntgabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens drei Wochen schriftlich, per E-Mail oder Einladung in Gemeinde-Mitteilungsblatt einzuberufen.
3. Anträge der Mitglieder zur Mitgliederversammlung müssen mindestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand in schriftlicher Form vorliegen.
4. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
5. Zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung muss unter Beachtung der unter §5 Nr. 2 genannten Frist spätestens drei Wochen nach Eingang eines entsprechenden schriftlichen Antrags einberufen werden. Dieser muss von mindestens 10 Prozent der ordentlichen Mitglieder unterzeichnet sein, den Beratungsgegenstand, einen Beschlussvorschlag mit Begründung sowie eine Begründung für die Dringlichkeit enthalten.
6. Wahlen erfolgen offen, es sei denn, eine*r der Anwesenden verlangt geheime Abstimmung. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst; bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
7. Vorstandsmitglieder des Landes- sowie zuständigen Regional- und Kreisverbandes und/oder deren Beauftragte haben bei der Mitgliederversammlung Antrags- und Rederecht.
8. Form der Mitgliederversammlung:
 - 8.1. Die Mitgliederversammlung ist, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist sowie vorbehaltlich der Regelungen unter §5 Nr. 2, im Präsenzverfahren abzuhalten. Im Präsenzverfahren finden sich die Mitglieder an einem bestimmten Ort zur gemeinsamen Beschlussfassung ein.
 - 8.2. Der Vorstand ist ermächtigt, aber in keinem Fall verpflichtet, vorzusehen, dass die Mitglieder an der Mitgliederversammlung im Wege elektronischer Kommunikation auch ohne Anwesenheit am Versammlungsort teilnehmen und sämtliche oder einzelne Rechte ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation ausüben können („virtuelles Verfahren“). Der Vorstand ist ermächtigt, Bestimmungen zum Umfang und zum Verfahren der Teilnahme und Rechtsausübung nach §5 Punkt 8.2 Satz 1 zu treffen. Eine etwaige Nutzung des virtuellen Verfahrens und die dazu getroffenen Bestimmungen sind mit der Einberufung der Mitgliederversammlung bekanntzumachen. Einwahldaten für die Mitgliederversammlung im virtuellen Verfahren (z. B. zur Video- oder Telefonkonferenz) sind den Mitgliedern spätestens eine Stunde vor Beginn der Mitgliederversammlung per E-Mail mitzuteilen.
 - 8.3. Ist es aus triftigen Gründen weder möglich, eine Mitgliederversammlung in Präsenz noch mittels elektronischer Kommunikation innerhalb der unter §5 Nr. 1 definierten Frist einzuberufen, dann wird den Mitgliedern ein schriftlicher Jahresbericht zugestellt. Dieser enthält insbesondere den Kassenbericht und das Ergebnis der Kassenprüfung. Den Mitgliedern ist jederzeit eine Einsicht in den Kassenbericht zu gewähren. Die Entlastung des Vorstands und sonstige Abstimmung erfolgen in diesem Fall getrennt und schriftlich.

§6 Aufgaben der Mitgliederversammlung

Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung zählen unter anderem:

1. Wahl des Vorstands und von mindestens zwei Kassenprüfer*innen sowie Abberufung des Vorstands aus wichtigem Grund.
2. Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands und des Kassenberichts
3. Entgegennahme des Berichts der Kassenprüfer*innen
4. Abstimmung über die Entlastung des Vorstands
5. ggf. Wahl von Delegierten für die nächsthöhere Ebene
6. sonstige in der Satzung geregelte Aufgaben
7. Abstimmungen über Anträge im Sinne von §5 Nr. 3
8. Satzungsänderungen

§7 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus
 - 1.1. dem/der Vorsitzenden und dem/der stellvertretenden Vorsitzenden
 - 1.2. dem/der Schatzmeister/in
 - 1.3. bis zu 4 weiteren Mitgliedern.
2. Alternativ kann der Vorstand auch aus einem gleichberechtigten Team von mindestens drei Vorsitzenden bestehen; hiervon ist eine Person für die Finanzen zuständig.
3. Zusätzlich können Beisitzer*innen gewählt werden.
4. Die Amtszeit des Vorstands beträgt drei Jahre.
5. Der amtierende Vorstand führt die Geschäfte nach Ablauf der Amtsperiode bis zur Neuwahl fort.
6. Scheidet ein Vorstandsmitglied oder ein*e Kassenprüfer*in vor Ablauf seiner Amtsperiode aus, wird in der darauffolgenden Mitgliederversammlung für den Rest der Amtszeit nachgewählt.
7. Der Vorstand tagt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist sowie vorbehaltlich der Regelungen unter §7 Punkt 8., im Präsenzverfahren. Im Präsenzverfahren finden sich die Vorstandsmitglieder an einem bestimmten Ort zur gemeinsamen Beschlussfassung ein.
8. Der Vorstand kann Vorstandssitzungen im Wege elektronischer Kommunikation auch ohne Anwesenheit am Versammlungsort abhalten und sämtliche oder einzelne Rechte ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation ausüben („virtuelles Verfahren“). Der Vorstand ist ermächtigt, Bestimmungen zum Umfang und zum Verfahren der Teilnahme und Rechtsausübung nach §7 Punkt 8 1. Satz zu treffen. Eine etwaige Nutzung des virtuellen Verfahrens und die dazu getroffenen Bestimmungen sind mit der Einladung zu den Vorstandssitzungen bekanntzumachen. Einwahldaten für die Vorstandssitzungen im virtuellen Verfahren (z. B. zur Video- oder Telefonkonferenz) sind den Vorstandsmitgliedern spätestens eine Stunde vor Beginn der Vorstandssitzung per E-Mail mitzuteilen.

§8 Aufgaben des Vorstands

1. Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins und hat die Dienstaufsicht über hauptamtliche Mitarbeiter*innen.
2. Er beruft die Mitgliederversammlung ein und leitet diese.
3. Er setzt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung um.

§9 Zusammenarbeit mit dem Landesverband

1. Der OV kann Verpflichtungen, die den Bestand seines eigenen Vermögens übersteigen, nur nach einer schriftlich erteilten Deckungszusage durch den Landesverband eingehen.
2. Die Regelungen der Satzung des Landesverbands sind zu beachten, insbesondere §§ 9, 11 und 12 jener Satzung.

§10 Allgemeine Bestimmungen

1. Jede Tätigkeit im Verein ist grundsätzlich ehrenamtlich. Dies gilt nicht für die Tätigkeit der hauptamtlichen Mitarbeiter*innen.
2. Der OV arbeitet mit allen anderen Verbandsgliederungen solidarisch zusammen.
3. Hauptamtliche Mitarbeiter*innen des OV können nicht Mitglied des Vorstands oder Kassenprüfer*innen werden.
4. Die Organe sind beschlussfähig, wenn die Einladung ordnungsgemäß an das Hauptmitglied erfolgt ist. Die Stimmabgabe kann nur persönlich erfolgen.
5. Beschlüsse werden mit Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst, Stimmenthaltungen bleiben unbeachtet, bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Delegierten bzw. Mitglieder, Stimmenthaltungen gelten als Neinstimmen.
6. Wahlen erfolgen offen, es sei denn, einer der Anwesenden verlangt geheime Abstimmung. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, ist ein zweiter Wahlgang durchzuführen, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.
7. Die Amtszeit der Mitglieder des Vorstands und der Kassenprüfer*innen beträgt drei Jahre. Bei Ausscheiden ist eine Nachwahl für den Rest der Amtszeit zulässig.
8. Über die in den Organen gefassten Abstimmungen und über die diesen zugrundeliegenden Anträge sind Niederschriften zu führen.
9. Ein Vorstands-, Delegierten- oder Kassenprüfer*innenamt können nur Mitglieder des BUND-Landesverbandes ausüben. Diese Regelung gilt auch für alle Untergliederungen.

§11 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des OV kann nur von einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden.
2. Im Falle der Auflösung oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den BUND Landesverband Baden-Württemberg e. V., der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke entsprechend seiner Satzung zu verwenden hat.

§12 Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung tritt am 24.03.2023 durch Beschluss der Mitgliederversammlung in Kraft.